

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. Mai 2019

1. **Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung beschlossen**

Das Bundeskabinett beschloss in seiner Sitzung vom 15. Mai 2019 den [Entwurf](#) zum Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung (BBiMoG). Der BFB veröffentlichte dazu eine [Pressemitteilung](#). Darin wird die Modernisierung der beruflichen Bildung zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch werden zwei Aspekte aus dem Gesetzentwurf kritisch fokussiert: die Einführung neuer Bezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ sowie die Gestaltung der Mindestausbildungsvergütung. Die geplanten Begriffe der beruflichen Aufstiegsfortbildung bringen die Gefahr mit sich, dass akademische Ausbildung und berufliche Fortbildung begrifflich in Konkurrenz zueinander treten. Die Mindestausbildungsvergütung kann als Instrument zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften gesehen werden. Gleichwohl wird die Ausgestaltung der neuen Regelungen zur Ausbildungsvergütung entscheidend sein, insbesondere für ausbildende Unternehmen in strukturschwachen Regionen.

2. **Deutschland mit niedrigster Jugenderwerbslosenquote in der EU**

Die Erwerbslosenquote in Deutschland ist 2018 das neunte Jahr in Folge gesunken. Wie das Statistische Bundesamt am 15. Mai 2019 [mitteilte](#), waren 3,4 Prozent der 15- bis 74-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Das war, ergänzt durch Daten des statistischen Amtes der Europäischen Union (EU), nach Tschechien mit 2,2 Prozent der zweitniedrigste Anteil in der EU. Die EU-weit höchste Erwerbslosenquote verzeichnete Griechenland, dort waren 19,3 Prozent der 15- bis 74-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Zweistellige Quoten verzeichneten auch Spanien mit 15,3 Prozent und Italien mit 10,6 Prozent. Der EU-Durchschnitt lag bei 6,8 Prozent. Damit waren 2018 in der EU insgesamt rund 16,9 Millionen Menschen erwerbslos. Fast die Hälfte von ihnen galt als langzeiterwerbslos. In den letzten Jahren ist die Zahl der Erwerbslosen in der EU stetig zurückgegangen. Auf dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise 2013 waren EU-weit 10,9 Prozent beziehungsweise rund 26,3 Millionen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Die EU-weite Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen betrug 15,2 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller Altersgruppen. Die höchste Jugenderwerbslosenquote hatte Griechenland mit 39,9 Prozent. Es folgten Spanien mit 34,3 Prozent und Italien mit 32,2 Prozent. Deutschland verzeichnete mit 6,2 Prozent weiterhin den niedrigsten Wert aller EU-Staaten.

3. **Entscheidung des EuGH zur verpflichtenden Messung der Arbeitszeit**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied am 14. Mai 2019, dass die Mitgliedstaaten die Arbeitgeber verpflichten müssen, ein System einzurichten, mit dem die tägliche Arbeitszeit gemessen wird ([C-55/18](#)). Die spanische Gewerkschaft Federación de Servicios de Comisiones Obreras erhob vor der Audiencia Nacional (Nationaler Gerichtshof, Spanien) eine Klage auf Feststellung der Verpflichtung der Deutsche Bank SAE, ein System zur Erfassung der von deren Mitarbeitern geleisteten täglichen Arbeitszeit einzurichten. Das spanische Recht sah lediglich eine Erfassung der geleisteten Überstunden vor. Im Vorlageverfahren zum EuGH zur Vereinbarkeit des nationalen spanischen Rechts mit dem Unionsrecht entschied der EuGH, dass allein die Erfassung der Überstunden nicht den Erfordernissen der Arbeitszeitrichtlinie ([Richtlinie 2003/88/EG](#)) und der Richtlinie über die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer bei der Arbeit ([Richtlinie 89/391/EWG](#)) genügt.

4. **Bußgeldbilanz der Datenschutzbeauftragten nach DSGVO**

Die Datenschutzbeauftragten der Länder verhängten seit Ende Mai vergangenen Jahres in

75 Fällen Bußgelder wegen Verstößen gegen die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Wie die Welt am Sonntag am 12. Mai 2019 unter Berufung auf eine Umfrage bei den Behörden [berichtete](#), addieren sich die Bußgelder bislang auf 449.000 Euro, woraus sich eine Durchschnittshöhe von 6.000 Euro ergibt. Dies geht aus Angaben der Datenschutzbeauftragten der Bundesländer hervor. Bislang wurden laut des Berichts in sechs Bundesländern Bußgelder verhängt: Baden-Württemberg (sieben Fälle/203.000 Euro), Rheinland-Pfalz (neun Fälle/124.000 Euro), Berlin (18 Fälle/105.600 Euro), Hamburg (zwei Fälle/25.000 Euro), Nordrhein-Westfalen (36 Fälle/15.600 Euro) und Saarland (drei Fälle/590 Euro).

5. Bildungssysteme auf Digitalisierung vorbereiten

Regierungen müssen mehr in Bildung und Weiterbildung investieren und sie so gestalten, dass jeder von der Digitalisierung profitieren kann. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Ende vergangener Woche vorgestellt wurde. Der [OECD Skills Outlook 2019](#) ist Teil der OECD-Kampagne „I am the Future of Work“ zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen. Die Autoren plädieren dafür, aus traditionellen Bildungssystemen Systeme lebenslangen Lernens zu machen. Anhand eines neuen „Scoreboards“ zeigt die Studie, dass einige OECD-Länder weit besser auf den digitalen Wandel und die veränderte Arbeitswelt vorbereitet sind als andere. In Deutschland hebt sich die junge Generation der 16- bis 29-Jährigen in Bezug auf ihre Vorkenntnisse im Umgang mit digitaler Informations- und Kommunikationstechnik vom OECD-Durchschnitt ab. In vielen anderen Bereichen ist Deutschland eher durchschnittlich – so etwa bei der Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene. Ein problematischer Aspekt ist hierbei, dass gerade gering qualifizierte Arbeitskräfte und solche, deren Tätigkeit mit erhöhter Wahrscheinlichkeit durch Automatisierung ersetzt werden wird, besonders selten an Maßnahmen zur Weiterbildung und Weiterqualifikation teilnehmen.

6. Öffentlicher Round Table der Datenethikkommission

Ende vergangener Woche lud die von der Bundesregierung eingesetzte Datenethikkommission zu einem öffentlichen Round-Table-Gespräch zum Thema „Für eine ethische Gestaltung unserer digitalen Zukunft“ [ein](#). Datenwirtschaft und Datenethik, Ethics by Design und technische Infrastrukturen, partizipative Digitalisierung durch Zivilgesellschaft und Demokratie sowie Allgemeinwohl und Open Data waren die Inhalte der Diskussion zwischen der Kommission und den Stakeholdern aus dem In- und Ausland beziehungsweise der Öffentlichkeit. Am 23. Oktober 2019 wird die Kommission der Bundesregierung einen Bericht zu ethischen Leitlinien für Datenpolitik, den Umgang mit Algorithmen, Künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen vorlegen und darin Handlungsempfehlungen geben.

7. Künstliche Intelligenz: Lehrer fürchten nicht um ihre Jobs

Nur fünf Prozent der Lehrer erwarten, dass Künstliche Intelligenz (KI) bis 2030 den Großteil ihrer Aufgaben übernimmt – 93 Prozent können sich das dagegen nicht vorstellen. Dieser digitalen Schlüsseltechnologie wird im Unterricht allgemein eher wenig zugetraut. Lediglich vier Prozent der Lehrer glauben, dass KI die Vermittlung von Fachwissen übernimmt, während Lehrer ausschließlich für pädagogische Aufgaben zuständig sind. Dem stehen 93 Prozent der Lehrer gegenüber, die damit nicht rechnen. Jeder neunte Lehrer erwartet, dass KI dem Lehrer Freiraum verschafft, um individuell auf Schüler eingehen zu können, 86 Prozent sehen das nicht. Jeder Achte glaubt, dass KI zum Unterrichtsalltag gehören wird, 84 Prozent nicht. Und nur jeder vierte Lehrer kann sich vorstellen, dass KI es ermöglicht, die Stärken und Schwächen der Schüler frühzeitig zu erkennen, um sie besser fördern zu können. Drei Viertel bezweifeln das. Das ist das Ergebnis einer Befragung von Lehrern im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 13. Mai 2019 [veröffentlicht](#) wurde.

8. Digitalsteuer kommt in EU voran

Das geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/9604](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ([19/9067](#)) hervor, über die der Deutsche Bundestag am 13. Mai 2019 informierte. So haben die Regierungen in Frankreich und Österreich die Einführung einer nationalen Steuer auf Erlöse aus Online-Werbung beschlossen. Im Vereinigten Königreich, in Italien, Spanien und den Niederlanden wird die Einführung einer Digitalsteuer derzeit geplant. „Mit Nachdruck“ unterstützt sie die derzeitigen Arbeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Überarbeitung internationaler Besteuerungsgrundsätze, erklärt die Bundesregierung weiter. Ziel dabei ist eine Einigung auf internationale Standards, die die Herausforderungen der Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft nachhaltig lösen soll. Die Ergebnisse der OECD sollten anschließend EU-weit umgesetzt werden, so die Bundesregierung.

9. Durchschnittseinkünfte

Der durchschnittliche Steuerpflichtige hat bei der Einkommensteuer 2018 Einkünfte in Höhe von 44.250 Euro. Dies berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/9602](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/9050](#)), über die der Deutsche Bundestag am 14. Mai 2019 informierte.

10. Arbeitskreis Steuerschätzung: Steuereinnahmen wachsen langsamer

Ende vergangener Woche tagte das Gremium in Kiel. Aus einer flankierenden [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geht hervor, dass alle staatlichen Ebenen bis 2023 mit steigenden Steuereinnahmen rechnen können. Dies ist laut BMF Ausdruck der insgesamt guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Zudem prägt ein robuster Arbeitsmarkt mit deutlichen Lohn- und Gehaltszuwächsen die aktuelle wirtschaftliche Situation. Allerdings wurden gegenüber der vorigen Schätzung vom Herbst 2018 die Erwartungen über das Ausmaß der steigenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden verringert. Insgesamt müssen Bund, Länder und Kommunen der Schätzung zufolge bis 2023 mit 124,3 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im Herbst erwartet.

11. IfM zu KMU im EU-Vergleich

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn [veröffentlichte](#) am 15. Mai 2019 umfangreiches Datenmaterial zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Verglichen mit KMU in EU-Nachbarstaaten sind sie in Deutschland größer und beschäftigen im Durchschnitt 7,5 Mitarbeiter. Europaweit liegt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl bei 3,9 Mitarbeitern. Allerdings ist die KMU-Unternehmensdichte hierzulande deutlich niedriger als in den anderen EU-Mitgliedstaaten: Während sich in Deutschland knapp 3.000 KMU auf 100.000 Einwohner finden, sind es im EU-Durchschnitt fast 4.800. Besonders hoch ist die KMU-Dichte mit 9.700 KMU in der Tschechischen Republik, 8.400 in Portugal und 8.000 in der Slowakei.